

Weniger Ladung für Schiffe unter Bundesflagge

Im internationalen Güterseeverkehr haben Schiffe unter deutscher Flagge in den ersten neun Monaten 1996 an Bedeutung verloren.

Die in Deutschland registrierten Schiffe transportierten nur noch rund 18,9 Mio. Tonnen der insgesamt etwa 148 Mio. Tonnen Güter, die in deutschen Seehäfen mit dem Ausland umgeschlagen wurden. Das waren 6,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Anteil am Transportaufkommen ging damit um 0,9 Punkte auf 12,8 Prozent zurück, wie das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mitteilte.

Zusammen mit dem nationalen Verkehr sind in den deutschen Seehäfen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 150,6 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen worden – 0,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach einem Rückgang in den ersten sechs Monaten um 1,3 Prozent gab es im dritten Quartal einen kräftigen Anstieg. Die Anlieferungen aus dem Ausland nahmen zwar um 1,3 Prozent ab, stellen aber mit 96 Mio. Tonnen den größten Anteil am Güterumschlag. Während die Einfuhr von Mineralölprodukten um 2,2 Mio. Tonnen auf 35,7 Mio. Tonnen stieg, ging der Import von Erzen und Metallabfällen nach Rechnung der Statistiker um 2,2 Mio. Tonnen auf 10,9 Mio. Tonnen zurück.



Kabeljaubestand ist bedroht

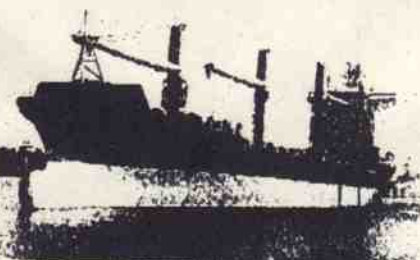
Das massenhafte Fischen von Kabeljau in der Nordsee bedroht dort den Bestand der Tiere. „Der Kabeljaubestand ist dem Kollaps nahe. Schnelle und effektive Maßnahmen wären erforderlich“, sagte Robin Cook vom Meereslaboratorium für Fischereiforschung in Aberdeen.

Schottische Forscher haben die Bestände untersucht und ihre Ergebnisse in der jüngsten Ausgabe des britischen Wissenschaftsmagazins „Nature“ (Nr. 6616, S. 521) veröffentlicht. Danach werden jedes Jahr 60 Prozent der Population abgefischt. Die vom Internationalen Rat für Meeresforschung empfohlenen Fangbeschränkungen reichen den Forschern zufolge nicht aus. In der Nordsee leben den Angaben nach derzeit rund 60 000 Tonnen geschlechtsreifer Kabeljau. Für einen ausreichend befischbaren Bestand wären nach Berechnungen etwa 150 000 Tonnen notwendig.

Genügend Nachwuchs konnte der Kabeljau während der vergangenen 15 Jahre kaum produzieren. Nach den Empfehlungen auch deutscher Fischereiexperten sollten daher seltene gute Jahrgänge besonders geschützt und für eine schnelle Regeneration genutzt werden.

Jungfer „Wiking“ lief Kiel an

Seine Jungferreise zum ersten Ladehafen Buenos Aires hat der am 29. Januar von der Stocznia Szczecinska an die Reederei Tamke (Jork) gelieferte 1728-TEU-Containerfrachter „Wiking“ in Kiel unterbrochen, um hier zu bunkern.



In der Nacht zum 1. Februar passierte er den Nord-Ostsee-Kanal, und am 16. Februar soll das von Kapitän Dirk Tamke geführte Schiff in Argentinien eintreffen. Dort wird der für zwei Jahre an Mitsui O.S.K. Lines (Tokio) vercharterte 23 000-Tonner in einen von MOSK und weiteren Linien betriebenen, von der Ostküste Südamerikas nach Fernost und von Asien via Südafrika wieder nach Brasilien, Uruguay und Argentinien führenden Liniendienst eingebracht, in dem noch weitere fünf deutsche Einheiten dieses bewährten Serientyps B 170 verkehren werden.

Auf einer knapp drei Monate dauernden Rundreise läuft die „Wiking“ künftig regelmäßig folgende Hafenplätze an: Singapur, Hongkong, Yokohama, Nagoya, Kobe, Busan, Shanghai, Hongkong, Singapur, Durban, Santos, Montevideo, Buenos Aires, Rio Grande, Paranagua, Rio de Janeiro, Singapur.

„Millionen-Verschwendung für eine Nullnummer“

„Wenn die ganze Angelegenheit nicht so ausgesprochen ernst wäre, könnte man jetzt in der Karnevalszeit auf den Gedanken kommen, zum Thema Teilumzug des Hafenressorts den Schunkel-Schlagler 'Wer soll das bezahlen' anzustimmen“, konstatiert der Personalrat beim Bremer Senator für Häfen, überregionalen Verkehr und Außenhandel.

Er fordert vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage Bremens erneut mit Nachdruck, von dem Vorhaben, einen Teil der Hafenbehörde nach Bremerhaven zu verlegen, nunmehr endgültig Abstand zu nehmen.

Unterstützung findet die Personalvertretung nicht nur bei den Vertretern der Oppositionsparteien im Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, die sich dieser Forderung in einer öffentlichen Sitzung anschlossen, sondern auch bei einzelnen Mitgliedern der Regierungsfraktion.

In einem jetzt versandten Schreiben an die Mitglieder des Senats, die Staatsräte

des Ressorts sowie die Fraktionsvorsitzenden bzw. -sprecherinnen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien macht der Personalrat noch einmal deutlich, daß auch die Mitarbeiter/Innen des Hafenressorts mit großem Interesse und ebenso großer Besorgnis die immer neuen Mitteilungen über die außerordentlich besorgniserregende Lage des bremischen Haushaltes sowie die daraus resultierende öffentliche Diskussion verfolgt haben.

Bedenklich sei, so die Personalvertretung, daß bis dato keinerlei Aussagen über die tatsächliche Höhe der Kosten erfolgt ist. Erkennbar sei jedoch, daß der Versuch gemacht werden soll, notwendige Investitionskosten vom Vermieter des Objektes aufbringen und auf die Miete umlegen zu lassen. Dies werde zur Folge haben, daß der Mietsatz im Bremerhavener Vergleich unverhältnismäßig hoch ausfallen wird (im Gespräch ist ein Mietsatz in Höhe von DM 24,-/qm im Vergleich zu üblichen Bremerhavener Büromieten von DM 11,- bis DM 13,-/qm) und daß eine entsprechend lange Mietdauer vereinbart werden muß.

Im Raum stehen zum jetzigen Zeitpunkt ferner Aussagen über Investitionskosten in Höhe von 3,5 bis 5 Mio. DM, mit denen lediglich die Herrichtung des Gebäudes auf den heutigen Baustandard finanziert wäre; die Kosten für den Umzug, die Einrichtung der Arbeitsplätze sowie laufende Betriebskosten seien hier noch nicht erfaßt.

Der Personalrat: „Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen unverstänlich, warum im Wissen um die schwierige Haushaltslage ein Projekt 'mit aller Macht' durchgesetzt werden soll, das nicht nur aus den Reihen der Beschäftigten, sondern vor allem von allen Vertretern der Klientel des Hafenressorts als sachlich unsinnig, weil kostenintensiv und dabei ineffizient abgelehnt wurde und wird.“

Mängel auf Kulturschiff: Alle Veranstaltungen untersagt

Alle öffentlichen Veranstaltungen auf dem Kulturschiff „Stubnitz“ im Rostocker Stadthafen sind von der Hafenbehörde untersagt worden. Verboten sei auch die Beherbergung von Personen, die nicht an der Aufrechterhaltung des Schiffsbetriebes beteiligt seien, teilte der Rostocker Hafenskapitän Stefan Rathmann gestern mit.

Grund sei ein Gutachten des Germanischen Lloyd. Danach ist „der sichere Betrieb des Schiffes als schwimmendes stationäres Veranstaltungszentrum“ auf Grund zahlreicher Mängel derzeit nicht gewährleistet. So würden brandschutztechnische Vorschriften nicht erfüllt, seien keine ausreichenden Fluchtwege vorhanden und entsprächen die elektrischen Anlagen nicht den Anforderungen.

An den Veranstaltungsort „Stubnitz“